Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 634 — Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 12. Dezember

Anzeigenpreis: Hiesige Inserenten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustloser Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Amerika gegen Annektion linksrheinischen deutschen Gebiets

Basel, 11. Dez.

Der Korrespondent der „Telegraphen-Union" erfährt von unterrichteter amerikanischer Seite, daß Amerika unter keinen Umständen der Forderung Englands und Frankreichs auf Annektion von linksrheinischen deutschen Gebieten zustimmen werde. Die Vereinigten Staaten könnten angesichts des äußerst annektionistischen Gebahrens ihrer kontinentalen Alliierten auf keinen Fall der von England verlangten Abrüstung zustimmen.

Wahnwitzige Bestrebungen

Karlsruhe, 11. Dezember.

Der „Badischen Landeszeitung" wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß sich im nördlichen Teile Badens Bestrebungen bemerkbar machen, die auf nichts Geringeres hinauslaufen, als auf eine Zertrümmerung des durch die Verfassung im Jahre 1818 geschaffenen Grundsatzes der Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit Badens in allen seinen Teilen. Es handelt sich um die Abtrennung des ehemals kurpfälzischen Gebietes des Landes. Wie dem genannten Blatte auf das Bestimmteste versichert wird, sollen Kräfte am Werke sein, die sich um eine Wiedervereinigung aller ehemaligen Gebiete der Kurpfalz bemühen. Der Bürgermeister einer badischen Mittelstadt soll dieser Aufgabe mit besonderem Eifer durch Anfertigung und Versendung von Rundschreiben sich gewidmet haben.

Der schlesische Handel gegen dit Polen

Breslau, 11. Dezember.

Eine Versammlung Breslauer Kaufleute und Industrieller nahm folgende Kundgebung an:

„Die am 9. Dezember 1918 in Breslau in der Hermannlage tagende Versammlung der Breslauer Kaufmannschaft legt auf das entschiedenste Verwahrung ein gegen die maßlosen, unser gesamtes Wirtschaftsleben schädigenden Treibereien großpolnischer Agitatoren, die eine gewaltsame Losreißung Jahrhunderte alter preußischer Gebiete vom Deutschen Reiche bezwecken. Der gesamte schlesische und ganz besonders der Breslauer Handel ist durch derartige Machenschaften in seiner Existenz aufs schwerste bedroht und erwartet von der Reichsregierung, daß sie Alles, was in ihren Kräften steht, aufbieten wird, damit derartige, unsere Heimatprovinz schädigende und für die Gesamtheit unheilvolle Bestrebungen unterbleiben. Selbstverständlich muß jeder Nationalität in den östlichen Provinzen Religionsfreiheit und Gebrauch der Muttersprache gewährleistet werden."

Jede Stadt eine Einheitsrepublik

In einer Versammlung der A.- und S.-Räte der Thüringischen Staaten, des Regierungsbezirks Erfurt und des Kreises Neuschmalkalden wurde gefordert, die von ihnen vertretenen Gebietsteile zu einer Thüringischen Einheitsrepublik zusammenzuschließen. Wir geben diese Meldung nur wieder, um die in zahlreichen A.- und S.-Räten vorherrschenden partikularistischen Tendenzen zu beleuchten. Man wird sich schließlich nicht mehr wundern dürfen, wenn jede deutsche Stadt und jedes Städtchen sich als „Einheitsrepublik" ausruft und vor den Toren Schlagbäume errichtet. Die bisherige Vielstaaterei Deutschlands wurde bekämpft, um eine noch größere Zersplitterung an deren Stelle zu setzen. Den Herrscher sind wir los, die Herrscher haben wir.

Um den Kaiser

Haag, 11. Dezember.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Vorsitzende des Ministerrates Ruys de Beerenbrouck, die Regierung würde es leichter haben, wenn der deutsche Kaiser sich nicht Holland als Zufluchtsort ausgesucht hätte. Er habe aber, wie aus einer amtlichen Mitteilung des holländischen Gesandten in Berlin hervorgeht, vor der Flucht nach Holland auf den Thron verzichtet. Am 26. November folgte dann die bekannte Urkunde, die in Amerongen unterzeichnet wurde. Am 9. November wußte die Regierung, daß der Kaiser abgedankt hatte. Er teilte das auch am 9. den holländischen Behörden in Eysden mit. Der Kaiser kam unerwartet auf holländisches Gebiet. Keine einzige Regierungsperson hatte dazu etwas beigetragen oder sich einer Zwischenperson bedient, um etwas zu unternehmen. Auch General van Heutsz tat nichts. Man wußte nichts von einer Ankunft des Kaisers. Alles, was darüber verlautete, war Phantasie. Nach der Thronentsagung konnte von einer Internierung keine Rede sein. Es handelt sich einfach um die Frage der Gastrolle und Gastfreundschaft, um eine Tradition, die in Holland seit Jahrhunderten besteht. Die Regierung wußte, daß Holland in Schwierigkeiten kommen würde. Aber sie konnte nicht gegen diesen jahrhundertealten Grundsatz handeln. Die Regierung kann sich nur auf den Standpunkt der vollendeten Tatsachen stellen. Jeden Versuch, den Aufenthalt des Kaisers in Holland als unneutrale Handlung darzustellen, weist die Regierung zurück. Jedes andere Staatsoberhaupt würde auf gleiche Weise empfangen worden sein. Der augenblickliche Zustand ist indes ein vorläufiger. Es hängt von der Entwickelung der internationalen Ereignisse ab und von der inneren Lage, was geschehen wird. Ein eventuelles formelles Ansuchen um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers würde auf seine Gesetzlichkeit, auf die bestehenden Verträge hin unterfucht werden müssen. Es ist auch möglich, daß fremde Regierungen wünschen werden, mit Holland wegen eines neuen Aufenthaltes des früheren Kaisers in Unterhandlungen zu treten. Die Regierung würde nicht abgeneigt sein, zuzustimmen, wenn Holland dabei eine Stellung eingeräumt wird, die sich mit der Ehre und Würde des Landes verträgt. Die Regierung behält sich ihre Entscheidung vor. Gegen etwaige Intrigen wird die Regierung ernstlich auftreten. Bezüglich des Durchzuges unbewaffneter deutscher Soldaten durch Süd-Limburg erklärte der Minister, die Tatsachen seien bekannt. Von einer Internierung konnte keine Rede sein. Die Verweigerung des Durchzuges wäre auch gegen die Interessen der belgischen Bevölkerung gewesen. Auf die allgemeine Entwaffnung sei streng geachtet worden, und von Neutralitätsverletzungen sei keine Rede. Die Regierung habe gänzlich im Interesse der Räumung Belgiens gehandelt. Auch dazu die Zustimmung der Entente einzuholen, konnte in diesem Falle keine Rede sein. Die Entscheidung war dringend, denn die Truppen standen bereits an den Grenzen. Der Minister versprach sodann die rasche Durchführung sozialer und politischer Reformen. Eine Revision der Staatsgrundgesetze werde vorbereitet. Es seien bereits Einladungen zu einer Staatskommission ausgeschickt, die sich mit der Thronfolge, dem Recht der Kriegserklärung und des Abschlusses von Verträgen der Stellung und Zusammensetzung der Generalstaaten und der Errichtung anderer öffentlich-rechtlicher Organe beschäftigen werde. Außerdem werde die Staatskommission auch noch andere Punkte zu untersuchen haben.

Die Verhandlungen über die Marinefragen

Berlin, 11. Dezember.

Die Verhandlungen mit der britischen Kommission in Wilhelmshaven lassen erkennen, daß Milderungen nicht zu erreichen sind. Trotz deutscher Proteste verlangt der englische Admiral genaue Angaben über die im Bau befindlichen Kriegsschiffe. Trotzdem der englische Vertreter in Spaa auf die Ablieferung des Panzerkreuzers „Mackensen" verzichtet hat, hat der englische Admiral die Nichterfüllung seiner Forderung, das Schiff bis Ende Dezember zur Ueberführung fertigzustellen, als Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen bezeichnet und in diesem Sinne seiner Regierung Bericht zu erstatten erklärt. Er besteht weiter auf der Auslieferung der nach dem Völkerrecht rechtmäßig in deutschen Besitz übergegangenen Prisenschiffe. Trotz Hinweises auf die bedenklichen Folgen für die deutsche Volksernährung zeigte die Kommission kein Entgegenkommen in der Frage der Freigabe der Fischerei und des Verkehrs zwischen den deutschen Häfen und bezog sich auf diesbezügliche bereits erfolgte ablehnende Antwort Beatty's. Der englische Admiral verlangt ferner, daß bis zum 27. Dezember sämtliche Besatzungen von den außer Dienst gestellten Schiffen interniert werden bis auf Instandhaltungskommandos. Bei einer Vorbesprechung über die Uebergabe der internierten Ententeschiffe hat die englische Kommission gedroht, die Waffenstillstandsverhandlungen abzubrechen, wenn nicht eine glatte Abwickelung gemäß den in den Kommissionsverhandlungen festgesetzten Anordnungen erfolgt.

Ein bemerkenswerter Garnisonbefehl

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Detmold, 10. Dezember.

Nach der Rückkehr des Infanterieregiments 55 in seine Garnisonstadt Detmold erließ der Kommandeur Major Platz im Verein mit dem Soldatenrat seines Regiments folgenden aufsehenerregenden Garnisonbefehl: „Ich bin an der Spitze des Inf.-Regts. Graf Bülow von Dennewitz (6. Westf.) Nr. 55 in die Garnisonstadt Detmold eingerückt und habe die Kommandogewalt über den hiesigen Befehlsbereich übernommen. Bei Ausübung meiner Tätigkeit stehen mir die Soldatenräte meines Feldregiments beratend zur Seite. Anderweitige, durch die Revolution geschaffene militärische Organisationen sind hiermit ihrer Machtbefugnisse enthoben. Gemäß den Weisungen der Volksregierung haben Offiziere ihre Abzeichen und Waffen zu tragen und sämtliche Mannschaften sind zu unbedingtem Gehorsam den Vorgesetzten gegenüber verpflichtet. Entlassene Mannschaften haben die Achselklappen von ihren Uniformen zu entfernen. Nach einstimmiger Willensäußerung sämtlicher Mitglieder der Soldatenräte des Feldregiments und im Interesse des sozialen Friedens und der Ordnung wird das Hissen von roten Fahnen auf Reichs- und Staatsgebäuden verboten. Das Regiment will, daß die Reichs- und Landesfarben, für die es vier Jahre im siegreichen Angriff und zäher Abwehr sein Bestes gegeben hat, es auch jetzt beim Einzug in die Heimat willkommen heißen.

Anerkennung der Notlage Deutschlands

Zürich, 11. Dezember.

Wie von wohlunterrichteter Seite, die mit englischen amtlichen Stellen nähere Beziehungen unterhält, verlautet, stehen die verbündeten Regierungen hinsichtlich der Versorgung Deutschlands auf dem Standpunkte, daß die Lieferung von Lebensmitteln erforderlich sei, jedoch nur in dem Maße, wie sie durch die tatsächliche Notlage berechtigt erscheine. Eine solche Notlage bestehe in den größeren und großen Städten, jedoch nicht auf dem platten Lande. Die Lieferung von Lebensmitteln müsse sich demnach unter diesen Gesichtspunkten vollziehen, und es sei bereits berechnet worden, daß im ganzen die Bevölkerung Deutschlands, die mit Lebensmitteln zu versorgen sei, auf 47 Millionen anzusetzen ist. Ein entsprechender Vorschlag liege bei den zuständigen Stellen bereits vor, jedoch sei eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung

I.

Das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat großzügige Maßnahmen ergriffen, um durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit an seinem Teil wirksam mitzuhelfen, den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens möglichst schnell in Gang zu bringen und die sofortige Eingliederung zahlreicher männlicher Arbeitskräfte in den Eisenbahnbetrieb und das deutsche Wirtschaftsleben zu ermöglichen.

An Fahrzeugen und Lokomotiven ist neben dem laufenden Bauauftrag dieses Jahres der volle Bedarf für 1919 in Bestellung gegeben, so daß der gesamte Bauauftrag der Fahrzeugindustrie sich auf etwa 1½ Milliarden Mark beziffert. An der Lieferung sind nicht nur die großen Lokomotivfabriken und Wagenbauanstalten beteiligt worden. Zur Vorbereitung und Herstellung aller Zubehörstücke und Einzelteile wurden vielmehr mit Hilfe des Demobilmachungsamtes und der betreffenden Fachausschüsse auch anderer Fabriken das Kleingewerbe und Handwerkerkreise herangezogen. Hierdurch wurde nicht nur Arbeit für weite Kreise geschaffen, sondern es ist auch eine Beschleunigung der Arbeitsausführung gewährleistet. Bekanntlich haben die ungeheuer harten Waffenstillstandsbedingungen uns die Ablieferung einer großen Anzahl von Lokomotiven und Wagen aufgezwungen. Ferner haben wir im Osten viel rollendes Material verloren. Die hierdurch entstandenen schweren Lücken im Lokomotiv- und Wagenpark, dessen Verminderung unsere Versorgung mit Lebensmitteln, sowie Fracht- und Personenverkehr ungeheuer erschwert, sollen durch die in Auftrag gegebenen Neubestellungen einigermaßen notdürftig ausgefüllt werden, damit wir nach und nach wieder zu Zuständen kommen, die uns über die allergrößten Schwierigkeiten der Verkehrsabwicklung hinweghelfen.

Weitere Beschaffungen von Material und Gerät aller Art sind in die Wege geleitet. An den Lieferaufträgen über diese Gegenstände sind zahlreiche Fabrik- und Handwerksbetriebe, aber auch Handel und Gewerbe beteiligt, da die Bedürfnisse der Eisenbahnverwaltung außerordentlich vielseitige sind. Die Lieferaufträge sind umfangreich, da es sich um Einholung von Rückständen und um Auffüllung von Vorräten, die ein großer Betrieb haben muß, handelt; sie haben einen Wert von über eine halbe Milliarde Mark. Weiter ist mit allen Mitteln die eigentliche Bautätigkeit der Eisenbahnverwaltung, die während der Kriegszeit zum großen Teil stillgelegt werden mußte, alsbald wieder in Gang gesetzt und beschleunigt, auch zahlreiche neue Bauten, die zurückgestellt waren, sind begonnen und werden noch vorbereitet. Die wiederentwickelte Bautätigkeit und die weiter noch in Vorbereitung begriffene stellt einen Wert von wieder 1½ Milliarden Mark dar.

Im Gebiete der Wasser-Bauverwaltung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten sind Bauarbeiten im Betrage von über 300 Millionen Mark vergeben worden. Ferner sind für den sofortigen Bau des Mittellandkanals auf der Strecke von Hannover nach Peine vor der Hand 300 Millionen Mark ausgeworfen worden, so daß insgesamt 600 Millionen Mark für Bauarbeiten der Eisenbahnverwaltung vorgesehen sind. Die gesamten Bauarbeiten verteilen sich auf etwa drei Jahre, so daß jährlich etwa 200 Millionen Mark in Frage kommen. Es ist ferner beabsichtigt, einen Teil der Kanäle, die zurzeit auf 600-To.-Schiffe abgestellt sind, für 1000-To.-Schiffe umzubauen, da sich die Abstellung auf 600-To.-Schiffe als zu klein erwiesen hat.

Für alle Arbeiten zur Unterhaltung der Wasserstraßen werden sofort Arbeiter eingestellt. Jedermann, der bei der Wasserbauverwaltung früher einmal gearbeitet hat, kann unverzüglich in seine Stellung wieder einrücken. Er kann noch zwei bis drei Leute mitbringen, die lohnende Arbeit finden. Die Unterbringungsverhältnisse sind gut, weil für die ehemaligen Wasserbau-Angestellten Wohnungen in genügender Zahl vorhanden sind, und die in eigenen Wohnungen untergebrachten Angestellten leicht noch einige Arbeitskollegen aufnehmen können.

Die Eisenbahndirektionen sind angewiesen worden, zur Beschleunigung der Unterbringung der Bauarbeiten das öffentliche Ausschreibungsverfahren nicht zu benutzen, sondern die Arbeiten an bewährte Unternehmer zu vergeben, nicht aber an Außenseiter, die ein Gelegenheitsgeschäft machen wollen. Wo es angebracht erscheint, können die Bauarbeiten auch schon vor dem endgültigen Abschluß der Bauverträge begonnen werden.

Während des Krieges sind dringliche Bauten und Erdarbeiten liegen geblieben. Teilweise wurden sie von Kriegsgefangenen, teilweise von reklamierten Mannschaften begonnen. Die Kriegsgefangenen kommen wegen ihres Abtransportes nicht mehr in Frage. Die Reklamierten sind in ihre Heimat entlassen worden. So liegen viele Bauten und Erdarbeiten, die dringend fortgeführt werden müssen, zurzeit still. Bei Frankfurt a. M. z. B. sind 50—60 Baustellen vorhanden, die von den Arbeitern verlassen sind. Leider, und das muß offen ausgesprochen werden, fehlt bei vielen Arbeitern zurzeit die Ueberzeugung, daß gearbeitet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191812121-11/fragment/page=0001

werden muß. Die Arbeit wird nach den Tarifverträgen zu einem bestimmten Stundenlohn bezahlt. Manche Arbeiter wollen zu diesem Tarifpreise zurzeit nicht arbeiten, während die Maurer sich williger zeigen. Der Grund liegt darin, daß die ungelernten Arbeiter nicht in dem Maße wie die gelernten an ihre Zukunft denken. Unsere Arbeiterführer könnten hier durch Aufklärung der Arbeiter und durch gutes Zureden zum Nutzen des Einzelnen und der Gesamtheit sehr viel Gutes stiften.

II.

In den eigenen Betrieben der Eisenbahnverwaltung sind entscheidende Maßnahmen zur Vermehrung und Beschäftigung des Personals getroffen worden. In den Werkstättenbetrieben werden durch Einrequng doppelter und dreifacher Schichten und durch Verstärkung der Bahnunterhaltungsrotten sowie durch Einführung der Achtstundenschicht größere Mengen von Leuten eingestellt. Statt einer Schicht von einmal 9 Stunden wie bisher, wird jetzt zweimal 8 oder dreimal 8 Stunden in den Werkstätten gearbeitet. Damit ist eine Vermehrung der Arbeitsstunden und der Arbeitskräfte naturgemäß verbunden. In den übrigen Betrieben sind die gleichen Anordnungen getroffen. Die Dienisteinteilung ist anders eingerichtet worden. Ersatzmänner werden eingeschoben. Durch diese Maßnahmen kann die Eisenbahnverwaltung etwa 100000 Menschen mehr beschäftigen. Allerdings spielt die Kohlenfrage eine erhebliche Rolle. Wenn auch die Eisenbahnverwaltung hinsichtlich der Kohlen im allgemeinen nicht ungünstiger steht als im vergangenen Jahr, so haben doch die Streiks der letzten Zeit und die Notwendigkeit der aushilfsweisen Kohlenlieferung an Gasanstalten die Vorräte [illegible] gemindert. Die Kohlenstreiks müssen aufhören, sonst leiden Betrieb, Verkehr und Beschaffungsmöglichkeit. Die Kohlenarbeiter müssen erkennen, daß sie durch Streiks in dieser schweren Zeit ihre arbeitsuchenden Kollegen im Erwerb beeinträchtigen.

Auch bei den Ausbesserungsarbeiten des Bahnkörpers ist der Achtstundentag eingeführt. Der Bahnkörper hat im Krieg im allgemeinen gut gehalten, aber der Gleisumbau hat nicht so vorgenommen werden können, wie im Frieden. Das soll jetzt nachgeholt werden. Dazu gehört nicht nur Eisen für die Schienen, sondern auch Holz für die Schwellen und Kies für die Bettungen. Die Kieslieferung bedeutet eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die Steinindustrie.

Die in den Eisenbahnbetrieben bisher beschäftigten Frauen, deren Zahl sich während des Krieges auf etwa 100 000 belief, werden langsam aus dem Dienst herausgezogen und durch männliche Angestellte ersetzt.

Die Ausführung sämtlicher Anordnungen des Eisenbahnministers wird in schärfster Weise kontrolliert. Periodisch sind kurze Meldungen zu erstatten, welche Arbeiten angefangen und beendet sind und welche Anordnungen bereits zur Ausführung gelangten. Nötigenfalls werden Kommissare an Ort und Stelle die Ausführung der Anordnung überwachen.

Im ganzen hat die preußische Eisenbahnverwaltung durch ihre Bau- und Beschaffungstätigkeit Aufträge im Werte von über 3 Milliarden Mark in Aussicht genommen. Hierzu treten die oben verzeichneten Aufträge der Staatsbauverwaltung. Die für die Eisenbahnverwaltung tätigen Industrien werden somit während des Winters gut beschäftigt sein. An die Höhe der bisherigen Heeresaufträge können die von der Eisenbahnverwaltung gegebenen Aufträge naturgemäß nicht heranreichen. Die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung werden aber erheblich dazu beitragen, die Schwierigkeiten unseres Wirtschaftslebens zu erleichtern.

* * *

Soldatenräte von Groß-Berlin

Vollsitzung.

Nachdem der Vorsitzende Ege die gestern in Berlin eingetroffenen Truppen begrüßt hatte, erstattete Nietz den Bürobericht. Teichmann berichtete über die Verhandlungen des Ausschusses hinsichtlich der Entschädigung der Soldatenräte. Es erhält jedes Mitglied eines Soldatenrates neben Löhnung und der Arbeitszulage von 3 Mk. täglich eine Zulage von 5 Mk. Außerdem kann für Aufwandsentschädigung bis zu 5 Mk. liquidiert werden. Ohne Aussprache wird eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Bevorzugung der Einjährigen ausspricht. Ein Dringlichkeitsantrag wendet sich gegen den Vollzugsrat, der den Kameraden Bergmann, dessen Zugehörigkeit zum Vollzugsrat in letzter Sitzung gestrichen worden war, weiter beschäftigt. Es wird beschlossen, daß ein Hinausgewählter in keiner Weise mehr vom Vollzugsrat beschäftigt werden darf. Ein Antrag, nach süddeutschem Muster einen Zentralrat der A.- und S.-Räte für Preußen einzurichten, wird dem Büro überwiesen. Ein Antrag, das Plenum der Soldatenräte noch der Parteistellung der Mitglieder zu gruppieren, wird abgelehnt.

Nach dem Bericht des Wahlbüros liegen demselben 22 Anträge vor. Darunter befinden sich folgende: ein Antrag, der sich gegen die Bildung einer Unteroffizier-Regierungstruppe ausspricht, ein Antrag, der sich gegen die hohen Miesteigerungen für aus dem Felde zurückgekehrte Kameraden ausspricht, ein Antrag, der sich für die Ablegung der Charakteraberzeichen ausspricht. Die Anträge werden dem 15er-Ausschuß zur Berichterstattung übergeben. Es folgt der Bericht über die Aufklärungsarbeit bei den anrückenden Gardetruppen. Danach sei die Kommission bei den Offizieren auf passiven Widerstand gestoßen. Die Truppe sei voll in der Hand der Offiziere, auf deren Seite auch aktive Unteroffiziere und Feldwebel stehen. Die Offiziere hätten erklärt, in Berlin mit Liebknecht und den Juden aufräumen zu wollen. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß die Aufklärungsarbeit das Nötige schon geschaffen werde. Die Berichte werden zur Kenntnis genommen. Es folgt der Bericht über den Fall Berufsagen.

Alsdann findet eine Besprechung der Handhabung der Geschäfte durch Moltenbuhr statt. Moltenbuhr antwortet auf die Vorwürfe. Schließlich wird die Angelegenheit dem Ausschuß übergeben. Gegen Gerhard und Collin-Roß sollen schwere Anschuldigungen erhoben sein. Eine Kommission prüft die Anschuldigungen. Schließlich wird die Vorlage der Militärgerichtsordnung angenommen.

*

Lebensmittel nach Europa

(Meldung unseres Sonderberichterstatters.)

Genf, 11. Dezember.

Nach der „Neuen Korrespondenz" sind 35 Dampfer mit Lebensmitteln für Europa in den letzten Tagen aus den amerikanischen Häfen nach dem europäischen Kontinent ausgefahren.

Deutsche Truppen obdachlos

Nach einer Meldung des „8 Uhr Abendblattes" fordert die Entente die Waffenablieferung der deutschen Truppen in Odessa. Diese sind aus ihren Unterkünften ausgewiesen, so daß sie obdachlos werden. Der größte Teil der Truppen zog sich in die deutsch-russischen Kolonien zurück. Nur 4500 Mann sind noch in Odessa.

Spanische Umtriebe

Der „Lokal-Anzeiger" schreibt zu der angeblichen Ausweisung des Prinzen Ratibor aus Spanien, daß diese Meldung noch nicht bestätigt sei. Romanones suche nur nach der Gelegenheit zu einem gewaltsamen Bruch mit Deutschland, um auf dessen Kosten Vorteile zu erzielen. Der spanische Botschafter in Berlin habe deshalb schon im August dieses Jahres sein Abschiedsgesuch eingereicht und aufrecht erhalten.

Europäische Könige gehen nach Amerika

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Kopenhagen, 11. Dezember.

Die Könige von England, Italien und Belgien und Präsident Poincare werden sich in den ersten Monaten des nächsten Jahres nach Washington begeben und den Besuch Präsidents Wilson erwidern.

Ein Abkommen mit den Tschechen

Wie Wolffs Sächsischer Landesdienst von zuständiger Stelle erfährt, ist zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der tschecho-slowakischen Republik zur vorläufigen Regelung einiger besonders dringlicher wirtschaftlicher Fragen eine Vereinbarung getroffen worden, die zunächst bis zum Abschlusse des Friedens Geltung haben soll und in keiner Weise der Regelung der zwischen den beiden vertragschließenden Teilen strittigen Fragen an einem späteren Zeitpunkte vorgreifen soll. Danach liefert Deutschland 15 000 Tonnen Steinkohle und Koks monatlich gegen 70 000 Tonnen Braunkohle, die die tschecho-slowakische Republik zur Verfügung stellt. Ferner gestattet diese die Ausfuhr von Marmelade, Pflaumenmus, getrocknetem Obst, Kaolin, Graphit, Gruben-, Bau- und Nutzholz, sowie Hanfsaat in gewissen Mengen. Deutschland wird dagegen liefern: Maschinen und Maschinenteile, sowie Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie, ferner Chemikalien, Quarzsand, Glühlampen und Zündschnuren in gewissen Mengen und soweit es die Befriedigung des inländischen Bedarfs zuläßt.

Die Friedenskonferenz in Versailles

Genf, 11. Dez.

Wie das Pariser „Petit Journal" mitteilt, soll die Friedenskonferenz nun doch in Versailles stattfinden. Der Versailler Kongreßsaal wird für die Arbeiten der Konferenz hergerichtet. Die Amerikaner haben in der Nähe der Villa Rochs in Versailles ein großes Besitztum für die amerikanischen Delegierten gemietet.

Ein Schritt der Alliierten in China

Peking, 9. Dez.

Die Gesandten der Alliierten reichten ein Aide Memoire ein, in dem erklärt wird, die fortwährenden inneren Streitigkeiten in China ermutigten den Feind und verhinderten das Zusammengehen Chinas mit den Alliierten. Die Alliierten verfolgten die gegenwärtigen Schritte in der Richtung einer Regelung zwischen dem Norden und dem Süden mit Aufmerksamkeit und wünschten die Bestrebungen nach Wiedervereinigung zu unterstützen. Dieses Aide Memoire wurde Montag auch von den alliierten Konsuln der Regierung in Kanton überreicht mit der mündlichen Mitteilung, daß dieser Schritt nicht als Anerkennung der südlichen Regierung aufzufassen sei.

Arbeiter-Räte in Norwegen

Zürich, 11. Dezember.

Die „Neue Züricher Zeitung" erfährt aus Kristiania: Die Landesorganisation der norwegischen Arbeiter-Partei hat einen Aufruf an die Arbeiterorganisationen Norwegens erlassen, in dem diese alle sozialdemokratischen Wehrpflichtigen auffordert, Soldatenräte zu bilden zu dem Zwecke, der Verwendung von Militärmacht gegen die Arbeiter vorzubeugen. Sowohl der linke wie der rechte Sozialistenführer unterschrieb den Aufruf. Infolge der zu erwartenden Ereignisse sind mehrere Jahresklassen Artillerie nach Kristiania beordert worden.

Englisches Verbot der deutschen Schiffahrt zwischen unseren Häfen

Wilhelmshaven, 11. Dezember.

Die englische Kommission setzte die Besichtigung der Schiffe, der Luftschiffe und Flugplätze fort. Ferner fand eine Sitzung auf dem Linienschiff „Hercules" statt; dabei lehnte die englische Kommission die freie Fahrt für deutsche Handelsschiffe zwischen deutschen Häfen glatt ab. Die Antwort auf die Frage, ob die Schiffahrt in der Ostsee freigegeben würde, wurde vorläufig vertagt.

Die „Freiheit" der Meere

London, 11. Dez.

„Daily Expreß" hört, daß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten informatorische Besprechungen über die Freiheit der Meere im Gange sind, wobei Wilson konkrete Vorschläge machte, die den Forderungen Englands bezüglich des Rechtes der Durchsuchung, des Konterbandegesetzes und des Blockadegesetzes gerecht werden.

Von einem Angehörigen der aus Scapa Flow zurückkehrenden Transportdampfer wird berichtet: Die deutschen Schiffe wurden unter strengster Bewachung interniert. Ein Verkehr zwischen deutschen und englischen Schiffen wurde nicht gestattet, ebensowenig der Verkehr zwischen deutschen Schiffen untereinander. Die deutschen Schiffe wurden genau untersucht. Amerikanische Vertreter äußerten Bewunderung über die deutschen Schiffsbauten, besonders über das Linienschiff „Bayern". In der ganzen alliierten Flotte gebe es kein einziges so vorzügliches Schiff, wie dieses deutschen Linienschiffes.

Bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit

London, 11. Dez.

Lord Robert Cecil sagte in einer Versammlung in Bedgwood, die einzige befriedigende Regelung würde sein, daß die Alliierten feststellen, wieviel Deutschland zahlen könne, und daß sie die betreffende Summe verlangen und unter diejenigen der Alliierten, die darauf Anspruch haben, verteilen. Ein Unterschied zwischen Wiedergutmachung, Kompensation und Kriegsentschädigung sollte nicht gemacht werden. Deutschland müsse bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen.

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

9] Roman von Luise Westkirch

Er lief mit langen Schritten durch das abendliche Moor. Hinter jedem Birkenbusch meinte er in der sinkenden Nacht den aus dem Zuchthaus entlassenen Brudermörder lauern zu sehen. Nein, es eilte ihm nicht, sich mit der Bäuerin vom Jansenhof fest zu versprechen. Kurasche haben ist gut Ding, aber zu viel Kurasche haben kann Dummheit sein.

Auf dem Jansenhof gingen sie zu Tisch. Eva hielt die Lider gesenkt, während sie, neben dem Bauern sitzend, stumm ihren Löffel in die Grützschüssel tauchte. Neddermbrink sah ihre Verstimmung.

„Das war'n slimmen Tag für dich, Eva," sagte er freundlich. Er sprach immer freundlich zu seiner Stieftochter. „Ich sag', es war ein slimmen Augenblick, als Gerd Clüver dr vor dein Augens vorüberging. Alle Wundens mußten ja aufbrechen in dein Herzen, das Hemmo Clüver in sein Grab die Treue hält un von kein andrem Mann un kein andrem Glück auf dieser Welt wissen will. Ich versteh' das. Ich versteh' das gut, mein liebe Dern. Un glaub man, die ganse Kolonie acht't dich um dein standhafte Gesinnung."

Eva hob langsam die Lider. „Was das anlangt, Vadder", erwiderte sie, „ich hab' ehrlich getrauert um Hemmo Clüver, das hab' ich. Aber über sein Grab, wo diese Stätte sich auch finden mag, is das Gras all hoch gewachsen. Un auch über den Smerz in ein Menschenherzen wächst am letzten Ende Gras. Ich mein', daß es Gottes Wille nich is, daß ein Lebendiger sein lebendiges Leben einem Toten nachwirft in sein Grab. Un darum is mein Vornehmen, daß ich mich nicht versteifen will in mein gerechte Trauer, sondern ein neues Glück, wenn es kommt, mein Herz willig aufnim will."

Hilmer und Kloß machten große Augen zu dieser unerwarteten Rede der Stiefschwester, und das Gesinde stieß einander verstohlen mit den Ellenbogen.

Der Vorsteher saß einen Augenblick stumm. „So?" sagte er dann. „Süh so, dies is dein Vornehmen. Es is immer gut, wenn ein Bescheid weiß." Und nach einer Pause fuhr er fort: „Daß ich dich in dieser Entschließung in keiner Weise hinderlich bin, da über wirst du dich klar sein. Da wird auch woll kein in der Kolonie Zweifel an hegen. Nee, ich kann mich da über bloß freuen. Ich hab' die Verwaltung von diesen Hof mit aller Quälerei un Verantwortung auf mich genommen, als dein Mutter starb, weil dr kein ander' war, um dich das deinige instand zu halten. Aber je flinker ich von diese Verpflichtung loskomme, um so lieber is mich das. Es wird hohe Zeit, daß ich die Händens frei kriege für mich selbst un dein Brüder's. — Denn jo wollen wir hoffen, daß du mich bald ein Freier zuführst."

Niemand antwortete. Nur die Löffel klirrten taktmäßig in der leerer werdenden Schüssel.

Ganz unten am Tisch hinter Knechten und Mägden, wie es ihrer Armut zukam, saß Malle Hendersen. Mit der Vorfreude, mit der Buben auf das Explodieren eines Feuerwerkskörpers warten, lauerte sie auf den ausbrechenden Zorn über die geraubten Osterkuchen. Aber vorläufig wurde ihr dieser Spaß nicht. Noch hatte niemand die kleine Hinterstube betreten. Sobald die Familie die Stühle rückte, zog Malle Hilmer am Aermel.

„Ich weiß ein Anslag, du!"

Vor den kleinen Fletzenstern hing jetzt wie ein Vorhang die mondlose Moornacht, schwer von einer Dunkelheit, von der sich der Städter nichts träumen läßt. Nur in der Ferne glimmte eine matte Helle, wie ein auf die Erde gefallener roter Stern. Auf den Stern wies Malle.

„Gesche Wittkopp ist danabend zu'n Schulmeister gegangen. Wiekke soll ihr woll wieder einmal den letzten Brief von ihrem Jan vorlesen. Laß uns hinlaufen un ihr das Feuer austreten, das die dolle Alte an jedem Abend vor dem Sumpf anstickt, damit daß ihr toter Jan, wenn er doch heimkommen sollt', die Richtung nich verliert. Sollst mal sehen, wie giftig sie dann wird."

Hilmer war gleich bereit. Es war lustig, die wunderliche Greisin in Wut zu versetzen. Noch viel lustiger war's, mit Malle Hendersen allein durch das nächtliche Moor zu streifen. Er konnte das Bild der Dirne nicht loswerden aus seinen Gedanken, aus seinem Blut, wie er sie nach ihrer Flucht vor Gerd Clüver vor sich gesehen hatte, mit flatterndem Haar und flammenden Augen. Er war überzeugt, daß ihr Silberschopf im Dunklen Funken sprühen müsse von ihrer inneren Wärme, sobald man mit der Hand darüber strich, wie der Pelz der Hauskatze.

Mit der Sicherheit von Blinden liefen die jungen Leute durch die Dunkelheit am Gartenzaun entlang, über die Kanalbrücke und dann quer durch das Moor auf das trübe Licht zu, das ein paar hundert Schritte hinter dem Häuschen der alten Wittkopp schwelte. Das Häuschen selbst lag unbeleuchtet und still. Malle lauschte mit schiefem Kopf. Dann zog sie ihren Holzschuh vom Fuß und begann damit die glühenden Torfbrocken des kleinen Scheiterhaufens aneinander zu zerren.

„Mußt auch helfen, Hilmer," drängte sie.

Aber Hilmer betrachtete lieber die vom Feuer bestrahlte Malle, die sich so eifrig regte, wie sie es nie bei einer nützlichen Arbeit tat. Tanzten nicht wirklich Funken auf ihrem Haar? Ein tolles Verlangen packte ihn, sie einmal abzuküssen nach Herzenslust. Nie hatte er Aehnliches einer Dirne gegenüber empfunden.

„Malle, wahr un wahrhaftig! Auf dein Kopf sitzt ein Irrlicht."

„Dösiger Bengel!"

Sie war so emsig beschäftigt, die glimmenden Torfe zu löschen, daß sie den Funken nicht wahrnahm, der heller und heller in den Augen ihres Gefährten aufglimmte.

Eben wollte Hilmar sich auf die vor der Glut kauernde stürzen, sie an sich reißen, da ertönte ein geller Schrei vom Hause her. Gesche Wittkopp hastete mit aufgehobenen Händen herbei.

„Das Feuer! — Mein Feuer! — O Gott im Himmel! Was sind denn das für hartherzige Leute, die das Feuer auslöschen, das arme Wanderers den Weg weist, daß sie nich versacken in'n Sumpfe? — Wetkeen seid denn ihr?"

„Verdammte Hexe!" brummte Hilmer und sprang zurück in die Finsternis.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191812121-11/fragment/page=0002

Vom Truppeneinzug

(Jammervolles Versagen der Berliner Organisation.)

Nein, das war kein Hohenzollernpetter, und das war nicht der Einzug, wie wir ihn erhofft hatten; aber es war dennoch ein Wiedersehen voll Dank und Freude und voll des stolzen Bewußtseins: ein unbesiegtes Heer zieht da soeben durch das Brandenburger Tor. Freilich, daß die Zeiten sich geändert haben seit den begeisterten Auszüge, das zeigten ja nicht bloß die roten Mützchen und Fetzchen, die am Brandenburger Tore und sonstwo angeflochten sind, z. B. in das Gespann der wehrlosen Siegesgöttin, sondern leider auch schon das ganze Straßenbild und das Verhalten der Menge. Es war die erste große öffentliche Demonstrationung innerhalb der mit Pausbacken ausgeschriebenen Republik; die erste Probe auf die „neue Methode", die von Abdrängungen und Bevormundungen des „souveränen Volkes" abrückt und in eitler und blöder Naivität meint, das „Volk" werde sich auch bei solchen Gelegenheiten seiner „Freiheit" würdig erweisen und sich selbst zu leiten wissen. Selbst leiten? Ja, leiten! Das „souveräne Volk" selber hat am meisten nach den alten Zuständen zurückgeseufzt, was begreiflich ist, denn Fußtritte, Rippenstöße, Beinschlemmungen und schwere Pressungen tun weh, und es ist doch allemal so, daß die starke Faust triumphiert. Die Probe ist gründlich danebengeraten. Die, die oben sitzenden Soldatenreihen reichten sich die Hand, und von Zeit zu Zeit preßten sie rückwärts, so daß die mittleren Schichten der Zuschauer zwischen zwei Pressungen gerieten und oft vor Schmerzen laut aufschrieen. Es sind zweifellos zahlreiche Unfälle vorgekommen. An einer Stelle sah man das lange Haar eines Mädchens zwischen den Ellbogen zweier Zuschauer eingeklemmt, die, ohne zu wollen, einen Busch dadurch mitnahmen. Ueberall Chaos und noch einmal Chaos. Ebenso auf der lächerlich umgenähenden Schwerbühne, die in gleicher Weise von Leuten ohne Karten umdrängt war. Die Geladenen kamen sie zum Teil gar nicht, zum Teil nur nach mühseligen Kämpfen erreichen und trafen zum Teil in etwas „herangekommenem" Zustande ein. Die Herrschaften der Regierung erkletterten das Dach, auch einige Männer des bedeutenden Vollzugsrates, die beiden Berliner Bürgermeister, Scheidemann konnte nicht mehr herauf. General v. Lequis, der doch gewissermaßen „auch" dazu gehörte als Vertreter der eingesessenen Truppen, mußte für sich selber sorgen und „nahm" schließlich die „Tribüne", auf der gar noch der Kriegsminister untergebracht wurde. Nun kreckte die Geschichte aber schon, und man befürchtete einen überraschenden „Regierungssturz". Die Stützen der Republik waren in einiger Gegenbalken das übrige. Schweißtriefend kamen einige Offiziere der eingesessenen Truppen mit einem schimpfenden Trompeter heran. Die Herren waren bezweifelt: „Nichts zu machen! Alles verdorben!" Erzellenz Warmuth stellt dem General Lequis „Herrn Minister (Adolf) Hoffmann" vor. Bald stiegen die „Witze" Hoffmannschen Kalibers. In den Massen sieht man sogar Franzosen in ihren roten Mützen. Vom Brandenburger Tore her schmettern die allbekannten preußischen Märsche, die alle elektrisieren. Es scheint, daß gerade in diesem russischen Durcheinander und dieser unpreußischen Schlamperei der preußische Schneid noch besonders wirkt. Und da die Truppen! Das sind doch Soldaten! Männer mit Waffen, Offiziere mit Abzeichen. In Berlin hat man schon lange keine soldatische Truppe mehr marschieren sehen. Hurra, hurra, hurra! schallts. Winken, Tücherschwenken. Von der Tribüne nutzt einer runter und der Trompeter wird aufgeladen. Sein Signal dringt schwer hinaus. Genosse Ebert spricht. Kein Feind hat Euch überwunden. Kommandeur Braun. Er spricht noch viel mehr, aber die wenigsten hören es. Als er gerade bei der „alten Herrlichkeit" ist, die „wie ein Fluch auf allen gelegen" hätte, da wird diese alberne Uebertreibung und Unwahrheit kräftig von einer neuen einsetzenden Trappe durch den Marsch überschmettert: „Na, mit Herz und Hand fürs Vaterland" und dann die „Mädeln im Walde" und die Heimat, wo es ein Wiedersehen gibt. Während Ebert auf das deutsche Vaterland, für das er warme Töne findet, auf die Republik usw. spricht, kommt eine neue Kavallerietruppe — bekanntlich war es die Garde-Kavallerie-Schützen-Division — durchs Tor, pfeift sich nicht stören und spielt den Hochgesang aufs Vaterland „Stimmt an mit hellem hohen Klang". Von der Rede des Oberbürgermeisters konnte die Presse, die die Freiheit hatte, sich fürchterlich pressen lassen zu dürfen, verständlich nichts hören. Es kam dabei auch in der Rede des Oberbürgermeisters zu einem Radau; es hieß, daß einer „gerade verhauen" würde. Der zeitweilige Regen setzte wieder einmal aus. Erwähnt sei übrigens, daß es selbst unter den Kriegern Leute, Heraufzukommen aus diesem Chaos war wirklich ein Kunststück. Wie sah man aus, als man endlich die freie Luft des Tiergartens gewonnen hatte! Die Truppen boten prächtige Bilder. Es schien noch ein gut Teil alter Stamm zu sein. Alle hatten Schmerz durchgemacht — als Unbeteiligte durften sie sich heute beurlaubt fassen: Kürassiere, Dragoner, Husaren, Jäger, Feldartillerie und ein Bataillon aller Stämme. Die Begeisterung der Menge war ehrlich und stark.

Es sollen weitere Truppenteile einziehen. Wird der Welt wieder das erhärmliche Bild dieses Durcheinanders geboten werden? Es heißt, daß die Garde-Kavallerie selber abhelfen wird ordnen wolle. Das würde das beste sein; denn von der Berliner Organisationsunfähigkeit der „Rote"-Wirtschaft, bei der keiner was rechtes tut, hat sich schermann übergenügen können.

Berlin, 11. Dez.

Bei dem heutigen Einzug der deutschen Jägerdivision, die aus Truppen aller deutschen Stämme gebildet ist, hielt der Volksbeauftragte Hugo Haase am Brandenburger Tor eine Ansprache:

„Soldaten! Der Rat der Volksbeauftragten, die Regierung der sozialistischen Republik, begrüßt auf das Wärmste Euch bei Eurer Rückkehr in die Heimat. Als die Regierung die Gewalt ergriff, war es ihr fester Entschluß, die sinnlose Menschenschlächterei auch nicht um eine Stunde zu verlängern. Die alten Machten, die Euch in den Krieg hineingetrieben und Elend auf Elend gehäuft haben, sind gestürzt. Eure Kameraden in den Kasernen haben rote Abzeichen, auf den Amtsgebäuden weht die rote Fahne. Dieses Rot ist das Sinnbild der Menschheitserlösung, zu der sich die sozialistische Republik bekennt. Nur die sozialistische Gesellschaft vermag Rivalitäten der Völker auszuschalten und damit ein für allemal einen Krieg unmöglich zu machen. Von Euch, Soldaten, wird es wesentlich abhängen, ob diese Bewegung, die glückverheißend eingesetzt hat, erfolgreich verläuft."

Die Leipziger A.- und S.-Räte gegen die Nationalversammlung

Leipzig, 11. Dez.

Die in Leipzig versammelten Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte der Kreishauptmannschaft Leipzig haben eine Erklärung abgegeben, daß sie sich, solange nicht die wirtschaftliche Gleichstellung aller Volksgenossen erreicht ist, gegen die Wahlen zur Nationalversammlung aussprechen. Sie verlangen, daß bis dahin alle Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte gelassen wird.

Deutsche Bolschewisten in der Schweiz

Bern, 11. Dezember.

Der „Bund" schreibt: Wie nunmehr festgestellt ist, besteht ein revolutionäres (soll wohl heißen: bolschewistisches) Kreisen Deutschlands das Bestreben, den Boden für die Revolution auch in der Schweiz vorzubereiten, nachdem den russischen Bolschewisten das Handwerk gelegt worden ist. Vor einigen Tagen traf ein Kurier des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates in Zürich ein, der abgefangen werden konnte, bevor er seinen Plan auszuführen vermochte. Der Herr hatte zahlreiche Broschüren aus der Küche Liebknechts bei sich. Der Herr, der mit einem Paß von fünftägiger Gültigkeit gereist war, dürfte jedenfalls ohne weiteres wieder über die Grenze geführt werden. Einstweilen befinden sich die Pläne in Bern. Bis zum Eintreffen der Entscheidung wird er in Haft behalten werden.

Thyssen bleibt in Haft

Berlin, 11. Dezember.

Thyssen, Vater und Sohn, sowie die verhafteten Direktoren der Thyssenschen Werke, die inzwischen in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden sind, bleiben noch in Haft. Die Stimmen haben zwar bei ihren Vernehmungen einen Alibibeweis in der Richtung angetreten, daß sie an dem kritischen Tage nicht an dem Ort der angeblichen Konferenz gewesen sind, aber die Ermittelungen werden, vornehmlich im Rheinlande, noch fortgesetzt und dürften erst nach einigen Tagen abgeschlossen werden. Solange bleiben die Verhafteten in Gewahrsam, damit einer „Verdunkelung des Tatbestandes" vorgebeugt wird.

Graf Hertling rechtfertigt sich

München, 11. Dezember.

Wie die „München-Augsburger Abendzeitung" erfährt, gedenkt der ehemalige Reichskanzler Graf Hertling bereits in den nächsten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigung seiner Politik vor die Oeffentlichkeit zu treten.

*

Teilstreik im Ruhrrevier

Essen, 11. Dezember.

Zu der Ausstandsbewegung auf den Zechen der Thyssenschen Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" wird gemeldet: Der Streik, der auf Schacht I begann, dehnte sich rasch aus und erstreckte sich dann auf sämtliche Schächte der Gewerkschaft mit einer etwa 10 000 Mann zählenden Belegschaft. Die Verwaltung hat sich unter dem Druck der Verhältnisse und nachdem die Vertreter der Bergleute gedroht hatten, bei Nichterfüllung der Forderungen Sabotage zu verüben, die Fördermaschinen stillzusetzen, das Kesselhaus in die Luft zu sprengen u. a. mehr, gezwungen gesehen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Die Bewilligung der Arbeiterforderungen wurde durch einen riesigen Demonstrationszug unter Vorantritt einer Musikkapelle bekanntgegeben.

Kleine Nachrichten

— **Polen.** Oppeln, 11. Dezember. In fast allen oberschlesischen Städten haben Protestkundgebungen gegen die polnischen Ansprüche auf Oberschlesien stattgefunden.

— **Der Rückzug aus dem Osten.** Berlin, 11. Dezember. Die Räumungen im Osten werden fortgesetzt. Die Heeresgruppe Mackensen hat Befehl, von Rückmarsch mit der Bahn und im Fußmarsch fortzusetzen. Eine Reihe weiterer Formationen der Heeresgruppe sind in Deutschland eingetroffen.

— **Verlust eines französischen Luftballons.** Genf, 11. Dez. Nach einer Meldung des „Journal des Debats" wurde ein französischer Luftballon, der über dem Mittelmeere manövrierte, vom Sturm erfaßt und zerstört. Der Kommandant des Fahrzeuges, Hauptmann Ducassa, die Offiziere und die gesamte Bemannung des Luftschiffes sind ertrunken.

— **Poincaré in Mülhausen und Kolmar.** „Echo" meldet, daß Präsident Poincaré und Ministerpräsident Clemenceau den Städten Mülhausen und Kolmar einen Besuch abstatteten.

— **Japaner vor Konstantinopel.** Reuter meldet, daß zwei japanische Kreuzer mit Torpedoboten vor Konstantinopel eingetroffen sind.

— **Tschecho-Slowaken in Aussig.** Infolge der andauernden Ausschreitungen riefen die Behörden in Aussig tschecho-slowakische Militär zur Hilfe. Beim Eingang wurde ausdrücklich die Erhaltung des Selbstbestimmungsrechts betont und von dem tschechischen Major bestätigt.

Provinz Sachsen

t. **Merseburg**, 10. Dez. (Stadtverordneten-Sitzung.) Der gestrigen Stadtverordnetensitzung wohnte zum ersten Male ein Vertreter des Soldatenrates nebst Wachtposten mit Gewehr bei. Dem Ersuchen des Vorsitzers, die Waffe aus den Sitzungssaale zu entfernen, wurde nicht stattgegeben. Erster Bürgermeister Herzog führte die neugewählten Stadtverordneten Tänzer, Graul, Ortmann, Wilk und Krüger sowie den neuen Stadtbaurat Zollinger in ihre Aemter ein. In der Begrüßung des letzteren hob der Magistratsdirigent hervor, daß die Aufgaben des Stadtbauraates außerordentlich große sein werden; speziell auf dem Gebiete des Stadtbauwesens. In Frage kommt da die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Sorge um das Bauwesen überhaupt, die Förderung des Kleinwohnungsbaues, die endgültige Fertigstellung des Ortsstatuts über das Stadtbild, der Neubau einer großen Schule usw. Der Magistrat wünsche und hoffe, daß die Tätigkeit des Stadtbauraates von bestem Erfolg für die Stadt und die Gesamtheit sein möge. Der warmen Begrüßung schloß sich der Vorsteher Landesrat Boße für die Stadtverordneten-Versammlung an. Vor den diesen Aufgaben, die hier der Lösung durch den Stadtbaurat harren, sei als wichtigste und dringendste die Beseitigung der in Merseburg geradezu beängstigende Formen angenommenen Wohnungsnot zu nennen. Der Leiter des Stadtbauamtes erwerbe sich den besonderen Dank der Stadt und der Einwohnerschaft, wenn er hier rasch und energisch einarbeite. Die wichtigste Vorlage betraf die Gleichstellung der städtischen Beamten mit den Reichsbeamten und Teuerungszulagen der Lehrer. Stadtv. Lyzealdirektor Junker (Vorsitzender des hiesigen Lehrervereins) machte darauf aufmerksam, daß die Gehaltsfrage für die Lehrer bisher eine unterbrochene Kette von Enttäuschungen und Mißhelligkeiten gewesen sei und begründet dies durch Beispiele aus den letzten Jahrzehnten bis zur Jetztzeit. 1912 wurde die Einwahl der Lehrer ausdrücklich „und zwar aus finanziellen Gründen. Gleichwohl stellte sich dann ein ansehnlicher Ueberschuß heraus. Ein ähnliches Schicksal erlebte die Eingabe vor zwei Jahren. Allerdings wurden hier endlich noch Teuerungszulagen bewilligt, diese bedeuteten aber gleichfalls eine Enttäuschung. Und nun die Enttäuschung bei der jetzigen neuen Vorlage. Danach sollen die Lehrer Teuerungszulagen von 100 Mk. nach je 7 Dienstjahren bis zur Gesamthöhe von 800 Mk. erhalten. Das sei gegenüber der Gehaltsaufbesserung der städtischen Beamten beschämend. Der Redner habe es mit Freuden begrüßt, daß hier endlich einmal reformiert wird und er gönne den städtischen Beamten die Aufbesserung auch von Herzen. Die Lehrerschaft habe aber ebenso wie die städtischen Beamten schwere Kriegsarbeit geleistet und gäbe zu den Schwerstarbeitern im wahren Sinne des Wortes. Die Arbeit sei ohne Entschädigung geleistet worden. Nun möge man auch einmal die Lehrerschaft nach gleichen Grundsätzen wie die Beamten behandeln. Er beantrage eine Teuerungszulage auf des Grundgehalt für Lehrer um 500 Mk. und für Lehrerinnen um 300 Mk. und bitte die zu bildende Kommission, in diesem Sinne zu beschließen. Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen.

t. **Merseburg**, 10. Dez. (Städtische Ehrung für Stadtrat Barth.) Die städtischen Kollegien ernannten einstimmig den Stadtrat Barth zum Stadträtlichen. Diese Ernennung erfolgte als Anerkennung der großen Verdienste, die sich Stadtrat Barth sowohl in der langjährigen Tätigkeit als Stadtverordneter wie auch seit 1901 als unbesoldetes Magistratsmitglied um die Stadt erworben hat. Besonders hoch einzuschätzen ist während der Kriegszeit die Wirksamkeit in der Eigenschaft als Dezernent für das Kriegsunterstützungs-, das Armen-, Militär- und Einquartierungswesen.

m. **Bernburg**, 10. Dez. (Der Gemeinderat) erklärte sich einverstanden mit der schleunigen Errichtung eines Miesseinigungsamtes und einer Erwerbslosenfürsorge. Die in der Verordnung der Reichsregierung bestimmte Fürsorgekommission für die Erwerbslosenfürsorge wurde sofort gewählt und mit der Befugnis ausgestattet, in dringenden Fällen Unterstützungen an Erwerbslose zu bewilligen. Die anhaltische Schulregierung will für den Auftieg begabter Volksschüler Maßnahmen treffen, und sie fordert von den Gemeinden finanzielle Unterstützung. Der Gemeinderat beschloß aber, die Sache vorläufig ruhen zu lassen, da ja doch eine Umgestaltung des ganzen Schulwesens zu erwarten sei. Endlich bewilligte man etwa 80 000 Mk. zu einmaligen Teuerungszulagen an die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Bezüglich des städtischen Gaswerkes wurde vom Magistrat mitgeteilt, daß es trotz aller Versuche nicht gelungen sei, Kohlen herauszuschaffen und demzufolge das Gaswerk voraussichtlich am Donnerstag seinen Betrieb ganz werde einstellen müssen. (Seit einigen Wochen wird das Gas nur noch zu bestimmten Stunden abgegeben.) Da abends in den Straßen fast völlige Dunkelheit herrscht, soll versucht werden, elektrische Straßenbeleuchtung zu beschaffen. Auch soll nunmehr darauf gedrungen werden, daß die elektrische Straßenbahn wieder sobald wie möglich in Betrieb genommen wird. Die Elektrizitätsgesellschaft, die Eigentümerin der Bahn, hat erklärt, daß sie selber das größte Interesse an der Wiederaufnahme des Betriebes habe und sie mit allen Mitteln anstreben werde.

K. **Golpa (Kreis Bitterfeld)**, 10. Dez. (Eine Wasserversorgungsanlage) wird für die neben Gemeinden Groß- und Kleinmühlau errichtet werden. Die Ausführung ist der Firma O. Dietrich aus Bitterfeld übertragen und es ist bereits mit den Arbeiten begonnen. Im Frühjahr sollen diese beendet werden.

— **Naumburg**, 10. Dez. Vor dem hiesigen Schwurgericht) hatte sich heute der Maurer Friedrich Otto Hegler aus Oberloschkau wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Der Angeklagte war auf Grube Elisabeth bei Mücheln als Hilfsdienstpflichtiger beschäftigt gewesen und zuletzt als Lokomotivführer dort angestellt. In der Nacht zum 19. Februar d. Js. war ein im Abraum befindener Zug der Grubenbahn infolge verkehrter Weichenstellung aus den Schienen ins Geleise gefahren, wobei die Maschine sich quer über die Geleise gestellt hatte, die Geleise auseinander gerissen und verbogen und zwei Loriis stark beschädigt worden waren. Der Betrieb hatte etwa 4 Stunden liegen müssen, so daß dem Werke einschließlich der Wiederinstandsetzungskosten ein Schaden von etwa 6000 bis 7000 Mark entstanden war. Der bisher unbestrafte Angeklagte war geständig. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Tragung der Kosten.

„H. Z."-Sportberichte

Drei Notwendigkeiten

Von Carl Diem, Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen.

Das deutsche Volk muß sich nach den schweren Blutverlusten des Krieges wieder emporarbeiten.

Es muß die unabsehbaren wirtschaftlichen Lasten, die der Kriegsausgang im Gefolge haben wird, auf starke Schultern nehmen können. Dazu bedarf es einer wohlbedachten und energischen Schulung des ganzen Volkes.

Wir müssen körperlich gesund und leistungsfähig werden. Das gilt ebenso für den geistig Arbeitenden wie für den körperlich Arbeitenden, denn selbst Schwerarbeiter, ja auch die Landbevölkerung hat ein gewisses Maß gewandter Körperschulung nötig, um ein Gegengewicht gegen die in einseitiger Berufsarbeit eintretende Deformierung des Körpers zu geben.

Die Gewährung an regelmäßige Körperübung muß von Kindheit an einsetzen.

Darum ist die erste Forderung, die unterschiedslos von allen Leuten des Fachs erhoben wird:

Tägliches Schulturnen. Ueber die mehr oder minder sportliche Ausgestaltung des Schulturnens mögen sich die Fachleute streiten, die notwendige Zeit und Regelmäßigkeit der Uebung muß der Jugend aber auf alle Fälle bewilligt werden. Ohne die tägliche Turnstunde wird das deutsche Volk körperlich verkümmern.

Die zweite Forderung ist: Gesetzlicher Uebungszwang der Jugendlichen beiderlei Geschlechts bis zum Schulentlassungsjahr zur Mündigkeit. Nicht in Gestalt besonderer militärischer Jugendvorbereitung oder in einer städtischen Schulanstalt soll dieser Pflicht genügt werden, sondern die freien Vereine für Leibesübungen sollen unterschiedslos nach gewissen Richtlinien Träger der Sache werden. Der Jugend soll freie Wahl des Vereins zustehen. Die Richtlinien sollen in einer Beratung der unpolitischen und sozialdemokratischen Vereine für Leibesübungen unter Heranziehung von Schulfachmännern festgestellt werden. Zur Durchführung gehört ein Zusammenschluß der bestehenden Verbände in Verbindung mit dem Reichsamt des Innern.

Die dritte Forderung ist schließlich:

Gesetzliche Regelung der Spielplatzfrage. Die Uebungsstätten für die Leibesübung der Allgemeinheit sind im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu erbauen.

Alle anderen Forderungen, Gestaltung des Schul-, Hochschul- und Militärturnens, Einführung von Leistungsprüfungen, Gewährung von Unterstützungen, Veranstaltung von Volkswettbewerben usw., sind Forderungen zweiten Grades.

Sie alle werden Geldopfer verlangen, aber diese werden nicht umsonst gebracht sein, denn sie sind unumgängliche Betriebsunkosten im Wirtschaftsleben des Reiches und müssen aufgebracht werden, wenn wir uns als Volk wieder erheben wollen.

Dafür, daß die aufgewandten Kosten aber wirklich zur vollen Ausnutzung gelangen, ist Gewähr gegeben in dem Augenblick, in dem man ohne Ansehen der politischen Richtung, weder rechts noch noch links, die bewährten Fachleute der freien Vereine mit der Ausführung betraut und ihre Selbstverwaltungs-Fähigkeit und „Freude der Sache zumutet".

*

— **Favorit I gegen H. F. C. v. 1896 I.** Man schreibt uns: Mit diesem interessanten Treffen wartet der hiesige Fußballsport am kommenden Sonntag auf dem Favorit-Sportplatz auf. Favorit darf z. Zt. als eine der stärksten Mannschaften im Gau anzusprechen sein, wofür folgende in der letzten Zeit erzielten Resultate sprechen: V. f. B. I-Merseburg 5:1, Verbandsspiel gegen Wacker I 3:2, Städtemannschaft Halle 1:2, Gesellschaftsspiel gegen Wacker I 3:2 und Borussia I 12:3. Nach diesen Erfolgen muß man auf den Ausgang des Spieles mit unserm Gaumeister sehr gespannt sein, zumal beide Vereine in stärkster Aufstellung antreten werden. Beginn des Spieles 1/3 Uhr nachmittags. Die Leitung liegt in den Händen des bewährten Schiedsrichters Herrn Vollmer. Ein Besuch dürfte zu empfehlen sein.

— **Hockey in Leipzig.** Bei den letzten Hockeyspielen schlug der Akademische Sportklub den Sportverein Jena mit 10 : 1 (4 : 0). Im Gesellschaftsspiel trafen sich Wacker und Neuer Schwimmverein Leipzig, das erstere mit 5 : 1 (2 : 1) gewannen.

Sport und Reiseverkehr. Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Erfurt wird vom 18. Dezember ab der Reiseverkehr so eingeschränkt werden, daß nur Reisende mit einer Legitimation der Dringlichkeit die Eisenbahn benutzen dürfen. Damit wird es der Thüringer Sportmannschaft unmöglich gemacht, ihre Wettspiele in anderen Städten auszutragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191812121-11/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 12 Dezember

Lehrerverein Halle—Land

Gründung eines Saalkreis-Lehrervereins.

Im „Ratskeller" fand dieser Tage eine starkbesuchte Versammlung statt. Nach kurzer Erledigung des geschäftlichen Teiles wurden die durch die gegenwärtigen Verhältnisse brennend gewordenen Fragen der Lehrerschaft eingehend besprochen. Die Versammlung beschloß einstimmig die Gründung eines Saalkreis-Lehrervereins. Der von den Mitgliedern des Kreislehrervereins gewählte Kreislehrerrat muß an der Kreisschulverwaltung teil haben. Um diese Gründung in die Wege zu leiten, wurde der Vorstand beauftragt, sofort mit den Vorständen sämtlicher Lehrervereine des Saalkreises in Verbindung zu treten. Die Selbständigkeit der einzelnen Vereine bleibt gewahrt, sie schließen sich nur zu einem Kreislehrerverein zusammen und wählen Vertreter.

Nichts Trennendes soll es unter den Lehrern geben. Nur einmütiger Zusammenschluß aller Lehrer und Lehrerinnen, eine lückenlose Organisation kann die von der Lehrerschaft langersehnte Reform der Volksschule und der Schulverwaltung bringen.

Danach kam nun der Aufruf des Geschäftsführenden Ausschusses des Preußischen Lehrervereins zur Beratung.

Forderungen: Trennung von Schule und Kirche. Staatsschule. Auf Antrag des Lehrens Entbindung von der Verpflichtung zur Erteilung des Religionsunterrichtes. Lösung der organischen Verbindung kirchlicher Aemter mit dem Lehramt. Die Einheitsschule. Beseitigung der Vorschulen und Schaffung einer Grundschule für alle Kinder. Der einheitliche Lehrerstand. Wegfall der Mittelschullehrerprüfung. Ein Unterrichtsministerium für das gesamte Schulwesen. Kollegiale Verfassung aller Instanzen der staatlichen Schulverwaltung. Neben ihnen Selbstverwaltungskörper, bestehend aus frei gewählten Vertretern der Lehrer und Lehrerinnen, sowie anderen des Erziehungswesens kundigen Männern und Frauen, gipfelnd in einem Landesschulbeirat. Freier Aufsieg der Lehrer und Lehrerinnen durch alle Instanzen der Schulverwaltung. Aufsicht durch Fachleute, in der Volksschule durch Männer, die sich im Volksschuldienste bewährt haben. Beseitigung der Ortsschulaufsicht in jeder Form. Kollegiale Schulleitung. Aufhebung der Rektorprüfung.

Die Versammlung trat voll und ganz für diese Forderungen ein. Leider mußte der vorgerückten Zeit halber die Beratung abgebrochen und auf die nächste Versammlung, am Mittwoch, dem 18. Dezember, verschoben werden. — Zu dieser Versammlung sind Gäste herzlich willkommen.

— **Von der Universität Halle.** Der Bibliotheker an der Universitätsbibliothek in Breslau Dr. Otto Bleich ist in gleicher Eigenschaft an die Universitätsbibliothek Halle versetzt worden. — Aus Heidelberg wird berichtet: Dem Dr. med. Kurt Elze, Privatdozent für Anatomie und Professor am anatomischen Institut der Universität Heidelberg ist der Titel außerordentlicher Professor verliehen worden; Dr. Elze ist 1885 zu Halle (Saale) geboren.

— Dienstjubiläum. Der Werkführer Ludwig Dahlheim kann heute, Donnerstag, auf eine 25jährige Dienstzeit in der Buchdruckerei und Papierwarenfabrik von Gebrüder Müller zurückblicken.

— **Leitfaden der Kriegshinterbliebenenfürsorge.** Das Kriegsministerium hat in Gemeinschaft mit der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen eine bedeutend erweiterte Neuauflage des Leitfadens der Kriegshinterbliebenenfürsorge zum Handgebrauch der örtlichen (amtlichen) Fürsorgestellen herausgegeben. Die nicht immer leichte Materie ist in gemeinverständlicher Form dargestellt, so daß auch auf den einzelnen Gebieten fachlich nicht vorgebildete Persönlichkeiten mit dem Leitfaden arbeiten können und seine weiteste Verbreitung erwünscht erscheint. Die Fürsorgestellen, bzw. die in der Fürsorgearbeit tätigen Persönlichkeiten können den Leitfaden zum Vorzugspreise von der National-Stiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, Berlin NW. 40, Alsenstraße 11, andere Interessenten unmittelbar vom Verlag (Berlin, Carl Heymanns Verlag) oder durch den Buchhandel beziehen. Preis 2,50 Mk.

— **Weihnachtsfeier des Vereins für das Deutschtum im Ausland.** Der Verein beabsichtigt, für die aus dem Ausland vertriebenen Reichsdeutschen eine einfache Weihnachtsfeier zu veranstalten und bittet diejenigen, die sich daran zu beteiligen wünschen, Name, Wohnung und Zahl der Familienangehörigen, besonders der Kinder, in der Kunsthandlung von Tausch & Grosse, Gr. Ulrichstraße 38, bis spätestens 14. Dezember anzugeben.

— **Zusammenschluß der Sozialbeamtinnen.** Nach dem Muster anderer Städte wollen sich auch in Halle die in sozialer, Berufsarbeit stehenden Frauen zur Vertretung ihrer Interessen zusammenschließen. Es sollen vor allem aufklärende Druckschriften verbreitet und in regelmäßigen Zusammenkünften Meinungen und Erfahrungen ausgetauscht werden. Auch die Hebung der sozialen Stellung wird angestrebt.

— **Zeitbilder der „Halleschen Zeitung".** Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus: Hafenbild während der Abrüstung der Schiffe am Tage vor der Ausreise zwecks Internierung; — Geordneter Rückmarsch unserer Truppen über den Rhein (Infanterie mit Fahnen aller Bundesstaaten passiert die Schiffsbrücke bei Koblenz); — Die erste englische Kriegsgefangenen-Versammlung in Berlin für die Völkerversöhnung (Eduard Bernstein spricht über die Völkerversöhnung).

— **Aus der Umgebung.** Das Eiserne Kreuz erster Klasse erhielt Lehrer Spengler-Reutz, das Eiserne Kreuz zweiter Klasse Lehrer Hauck-Canena, den Kronenorden vierter Klasse Hauptlehrer Papsch-Ahlsdorf und den Adler der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern Lehrer a. D. Müller-Halle. — Die letzten Zucker- und Mohrrübenfelder der größeren Güter in der Umgebung konnten jetzt bei dem frostlosen Wetter abgeerntet werden.

*

Erstes Konzert des Händelvereins

Trotz aller äußeren Hemmungen und trotz der schweren dunkeln Wolken, die den Himmel unseres Vaterlandes von Tag zu Tag bedrohlicher bedecken, hat der neu begründete Händel-Verein sein erstes Konzert nun doch zur Tat werden lassen. Für jeden, der ihm beiwohnte, wird es Stunden der Erquickung und der innern Aufrichtung bedeutet haben. Und daß das Lebenswerk, welches der große hallesche Meister dem deutschen Volke vererbt hat, ein Teil jener hohen geistigen Güter ist, die uns keine noch so große Uebermacht von Feinden zu entreißen vermag, bleibt ein stolzer Trost in unserm tiefsten politischen und wirtschaftlichen Elend. Denn wer will daran zweifeln, daß Georg Friedrich Händels Kunst deutsch, kernhaft deutsch ist, ungeachtet aller Einflüsse, die für ihr Werden und Wachsen bestimmend gewesen sind? Die volkstümliche Kraft seiner Chöre in den Oratorien ist ja bekannt. Daß sie aber auch in den Instrumentalwerken erstaunlich ist, ließ sich wieder so recht im ersten Konzert des Händelvereins vortrefflich beobachten. Auf dem Zettel standen ein Concerto grosso in g-moll, op. 6 Nr. 6, zwei Orgelkonzerte in d-moll (op. 7 Nr. 4), in B-dur (op. 4 Nr. 2), zwei Arien aus dem „Messias" — „Er weidet seine Herde" und „Ich weiß, daß mein Erlöser lebet" — und zwei Arien aus der „Cäcilien-Ode": „Preis der Orgel und Preis der Tonkunst". Gleich der Anfang des Concerto grosso legte eine begliückende Stimmung fest, die sich im Verlauf des Abends immer tiefer verankerte. Die feierlich-kraftliche Größe des ersten Largo und die sehnsuchtsreiche Beweglichkeit des Allegros riß die Herzen empor und wirkte sich aus mit einer Frische, der die Jahrhunderte nichts von ihrer Unmittelbarkeit zu rauben vermochten. Gleiches gilt von den beiden Orgelkonzerten, die um so mächtigere Eindrücke hinterließen, als sich in ihnen die Königin der Instrumente mit dem Orchester zu einer ungemein farbenreichen Darstellung der urgesunden Händelschen Gedankenwelt verband. In der Ausführung wurde alles getan, um die Absichten des Tondichters uns hellste Licht zu rücken. Professor Alfred Mahlow hatte sich in den dankbaren Stoff mit besonderer Liebe und mit feinstem künstlerischen Verständnis versenkt. Und seiner stetig anfeuernden Leitung gelang es, das aufmerksam folgende Theaterorchester zu sprechender Deutlichkeit des Ausdrucks hinzureißen. An der Orgel betätigte wieder Alfred Sittard aus Hamburg, einer unserer anerkanntesten Orgelmeister, seine große Kunst. Ungemein sichere Gestaltung des Gehalts, planvolle, oft überraschende Ausnahl der Klangfarben gab seinem technisch vollendeten Spiel persönliche Prägung. Die Arien waren Lotte Leonard anvertraut, die bei unserm Konzertfreunden mit Recht in hoher Achtung steht. Der klare, wohltönende Sopran der Künstlerin, der allerdings in der Tonentfaltung gelegentlich über seine Grenzen strebte, und die Innerlichkeit ihres Vortrages kamen diesen schönen Musikstücken außerordentlich zugute. Daß die beiden Arien aus der „Cäcilien-Ode" zu den beiden ersten aus dem „Messias" eine sehr glückliche künstlerische Steigerung bildeten, gereichte der Leistungsfähigkeit der Künstlerin zur Ehre. Zuverlässig wie immer gliederte sich Prof. Dr. Abert am Cembalo dem Ganzen an. Dr. W. Kaiser.

*

— **Claudio Arrau.** Das wegen Erkrankung des Künstlers seiner Zeit (vom 1. November) verlegte Konzert findet heute, Donnerstag, im „Thaliasaal" statt; die gelösten Eintrittskarten haben Gültigkeit.

Volkswirtschaft

Das Ende

Während in den Köpfen der gegenwärtigen Führer und ehrlichen Barteigänger noch eitel Freude über das „Erreichte" herrscht, gleiten wir auf abschüssiger Bahn vollends ins wirtschaftliche Elend. Ein Monat Revolution ist vergangen und auf wirtschaftlichem Gebiete ist das Chaos immer größer geworden. Bielefeld wurden die Löhne erhöht; und die Arbeitszeiten verkürzt. Die Folge war, daß die deutsche Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßte und, wie in Holland, ihr Absatzgebiet an das billiger liefernde England abtreten mußte. Wir können uns nur darin behaupten, wenn wir exportfähige Erzeugnisse liefern. Mit der gewaltsamen Sozialisierung erreicht man aber das Gegenteil. Wenn in der Weltwirtschaftszeitung über diese Tatsache gesagt wird: „Diese Zusammenhänge werden geflissentlich von jenen Demagogen verwischt, die den Arbeitern vorreden, sie brauchen nur den Kapitalismus abzuschaffen und die Betriebe zu vergesellschaften, um herrlich und in Freuden leben zu können", so läßt sich dieser Gedanke nicht ganz von der Hand weisen. Vielfach mag auch die Unkenntnis über den inneren Zusammenhang der Dinge mitwirken, das Maß voll zu machen. Das Programm der Vergesellschaftung ist ja theoretisch sehr schön zu — lesen, aber die Praxis urteilt anders darüber. Die Sozialistin Beatrice Webb, eine Engländerin, hat in einem Werk über „Britisches Genossenschaftswesen" den Nachweis versucht, daß die Genossenschaftsform sich bis hiernach zugeben, daß diese Form die meisten Erfolge aufzuweisen hat. Andererseits wird dieser Gegner aus der weiteren Betrachtung der englischen Entwicklung die Ueberzeugung schöpfen, daß selbst die beste Form des Gemeinschaftsbetriebes doch nicht die Kraft hat, diesem System den wirklichen Sieg zu verschaffen. Obwohl die Industriearbeiter in England kraft des allgemeinen Wahlrechts schon längst über die große Mehrheit des Parlaments verfügen könnten, haben sie doch nicht daran gedacht, diesen wirksamsten Hebel zur Errichtung des Sozialismus mit Hilfe des Staates in Bewegung zu setzen. In England sind nicht einmal die Eisenbahnen verstaatlicht.

Sehr bedenklich erscheint auch, daß Nathenau in die Sachverständigenkommission berufen ist. Was dann herauskommt, kann man sich ja denken. Was so oft schon angekündigt, wurde Tatsache: Der Vertreter der Geldherrschaft Arm in Arm mit den Sozialdemokraten — und diese werden dabei gründlich übers Ohr gehauen werden.

Wenn man glaubt, daß mit der Sozialisierung die Gütererzeugung nicht behindert wird, so ist dies reine Phantasie und widerspricht den elementarsten Grundsätzen der Volkswirtschaft. Alle genossenschaftliche oder staatliche Erzeugung, der der Antrieb der Persönlichkeit fehlt, zeigt eine ernsteste Verminderung bis zum Stillstand des Betriebes.

Wenn aus dem Chaos der wirtschaftlichen Experimente immer und immer wieder die Forderungen: Tod dem Kapital, Maximalarbeitszeit und höhere Löhne hervortreten, dann wird der Regierung schließlich nichts anderes übrig bleiben, die gerufenen Geister zufrieden zu stellen. Und dies kann nur auf Kosten der Allgemeinheit geschehen, widerspricht dem demokratischen Urrecht und bedeutet: Befriedigung einer Klasse von Staatsbürgern auf Kosten der anderen. Der schwer erschütterte Organismus der deutschen Wirtschaft wird wie eine Zitrone ausgepreßt und erliegt den Erschütterungen. Die ewigen Drohungen haben schon den Unternehmungsgeist lahmgelegt. Wer mit offenen Augen die Vorgänge betrachtet, sieht das Ende: Verelendung eines tapferen, bedenmütigen und ausharrenden Volkes, weil die deutsche Arbeiterschaft, die intelligenteste Arbeiterschaft der Welt, es nicht verstand, wirklich wirtschaftspolitisch zu denken. Soll so das Ende sein? Qu.

*

Inangriffnahme von Eisenbahnprojekten

Aus politischen Kreisen erfahren wir:

Die preußische Eisenbahn- und Bauverwaltung hat auf Grund der bereits bewilligten und noch unterbrauchten Kredite für Eisenbahn- und Bauausführungen bedeutende Summen zur Inangriffnahme von Bauten und Lieferungen bereit gestellt, um reichliche Arbeitsgelegenheiten für die heimkehrenden Krieger sowie beschäftigungslose Arbeitskräfte zu schaffen. Es findet eine entsprechende Verteilung der Arbeitsaufträge auf die einzelnen Eisenbahndirektionen und Bauverwaltungen statt. Demgemäß werden die bereits begonnenen Arbeiten für Neubauten und Strecken, für welche die Bauplänne schon feststehen, sofort weiter gefördert werden können. Mit der Rückkehr des bedrohten Personals in ihre Dienststellen soll auch die Fertigstellung der noch nicht abgeschlossenen Bauarbeiten erfolgen, wobei mit diesem umfangreichen Vorsorge für Beschäftigung gleichzeitig auch unanfängliche Verkehrswünsche ihrer Erfüllung entgegengehen.

*

Börsenstimmungsbild

Berlin, 11. Dezember.

Nach der letztägigen Aufwärtsbewegung machte sich im heutigen Börsenverkehr infolge von Besorgnissen wegen der innerpolitischen Lage vielfach eine Neigung zu Abgaben bemerkbar, wobei die Neigung zur Bornahme von Gewinnsicherungen eine wesentliche Rolle gespielt haben dürfte. Die Herdurch bewirkten Rückgänge hielten sich aber in engen Grenzen und waren durchaus nicht allgemein. Farbwerte setzten sogar ihre Aufwärtsbewegung kräftig fort. Auch einige andere Werte, wie Hohenlohe, Neurahütte, Gebrüder Böhler, stellten sich höher. Als später Nachrichten von Bestrebungen Amerikas gegen einen Gewaltfrieden bekannt wurden, griff eine allgemeine Erholung Platz, die die anfänglichen Rückgänge größtenteils wettmachte oder noch Steigerungen darüber hinaus herbeiführte. Hansa-Aktien gewannen den größten Teil der anfänglichen Abschwächung um 8 Proz. zurück. Am Anleihemarkte herrschte für deutsche Anleihen ziemlich feste Stimmung, während Pfund-Anleihen mehr zur Schwäche neigten.

Produktenbericht

Berlin, 11. Dezember.

Im hiesigen Verkehr mit landwirtschaftlichen Produkten zeigten sich bevorzugt große Posten in Weizenmehl und Mohrrüben, und es stellten sich, begünstigt durch das milde Wetter, noch täglich neue Zufuhren ein. Das große Angebot in Sortadella hält an, und die Verkäufer sind weiter im Preise entgegenkommend, so daß Ware um 65 Mark herum zu kaufen ist. In Kleesämereien sieht manches zur Verfügung. Doch sind die Qualitäten nicht immer einwandfrei. Grassamen hat mäßigen Umsatz.

* **Th. Große, Akt.-Ges., Merseburg.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 8 Proz. fest.

d. **Die Aktiengesellschaft Gebr. Dippe in Quedlinburg,** die einen Teil ihrer Betriebe in Halberstadt hat, hat dem Magistrat zu Halberstadt 10 000 Mk. zu Kriegswohlfahrtszwecken überwiesen.

* **Nordhäuser Aktienbrauerei.** Die Nordhäuser Aktienbrauerei verteilt eine Dividende von 6 Prozent (gegen 5 Prozent im Vorjahre).

ss. **Tränkner & Würker Nachf., Akt.-Ges. (Jutefabrik), in Leipzig.** Die Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene Dividende von 10 Proz. und stimmte dem Antrage eines Aktionärs zu, aus dem Vortrage die Summe von 25 000 M zur Erwerbung des Textilverfahrens zu verwenden, was einen guten Erfolg verspreche. Wie die Verwaltung mitteilte, könne die vorhandene technische Einrichtung sofort für das Textilverfahren verwendet werden.

t. **Die Kohlennot.** Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, befinden sich die Beuniger und Groß-Kaynaer Kohlenwerke bezüglich der Förderung infolgen in Schwierigkeiten, als es ihnen an Hilfskräften fehlt und infolgedessen fast gar kein Feuerungsmaterial mehr liefern können. Auf die Nachricht hin, daß in Halle 20 000 Arbeiter frei seien, wandten sich die Werkleitungen wegen Arbeitsleistungen an dieselben. Diese erkundigten sich nach der Art der Arbeit und lehnten daraufhin die Uebernahme frische ab.

* **Demobilisation und kranke Pferde.** In einer größeren Tageszeitung wurde darauf hingewiesen, daß sich in der Garnison, der Etappe und bei der zurückziehenden Front diese Pferde befinden, die mit ansteckenden und sehr schwer heilbaren Krankheiten, z. B. Räude, Rotz usw. behaftet sind. Diese Tiere bilden einerseits für die Pferdebestände der Heimat eine große Gefahr, andererseits sind sie zur Arbeitsleistung nur sehr wenig brauchbar und unnötige Vergehrer unserer knappen Futtervorräte. Es wurde daher der Vorschlag gemacht, sie möglichst bald abzuschlachten und der Ernährung nutzbar zu machen. Das mag, wie uns Professor Dr. Raebiger schreibt, für so gefährliche Seuchen, wie z. B. den Rotz und die ansteckende Blutarmut bei Pferde, sowie schwere unheilbare Krankheiten zutreffend sein. Räudekranke Pferde wird man jedoch bei dem bezeichneten Mangel an Zugtieren nicht in jedem Falle der Schlachtbank zuführen dürfen, denn die Behandlungsversuche in den Räudepferdesammelstellen und den von der Zivilverwaltung eingerichteten Enträudungsstationen haben übereinstimmend ergeben, daß das seit Anfang dieses Jahres in umfangreichem Maße zur Anwendung gebrachte Gasverfahren außerordentlich zuverlässig und schnell wirkt, am bequemsten von allen Methoden anzuwenden und weitaus am billigsten ist. Während man früher je nach dem Stadium der Verräudung die Behandlungsdauer unter Hinzuziehung kostspieliger Arzneien durchschnittlich auf 4—6 Wochen und länger bemessen mußte, beschränkt sie sich jetzt nach kurzer medikamentöser Vorbehandlung des Tropfes der Pferde auf eine einmalige, in fünftägigen Zwischenpausen vorgenommende je einstündige Begasung mit Schwefelgas. Die neue Gasbehandlung hat außerdem den Vorzug, daß sie auch bei stark heruntergekommenen und entkräfteten Pferden, die Schmierkuren und Enträudungsbäder nicht mehr aushalten würden, unbedenklich in Betracht gezogen werden kann. Diese Pferde zeigen sogar schon nach der ersten Begasung besseren Appetit und erholen sich gewöhnlich überraschend schnell. Die neue Errungenschaft ist bereits im Interesse der Pferdebesitzer auch für unsere Provinz nutzbar gemacht und eine Gasgelle zur Behandlung räudekranker Pferde im Bakteriologischen Institut der Landwirtschaftskammer Halle, Freimfelder Straße 68, aufgestellt worden. Die Besichtigung kann gegen vorherige schriftliche Anmeldung werktags zwischen 10 und 1 Uhr erfolgen.

* **Elbeschiffahrt.** Am 10. Dezember traf Kahn Nr. 7688 in Aken ein.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenh.	94,—
Halle-Hettstedter	—
Sehantungbahn	81,—
Alle Lokal-Str.	130,—
Gr. Berl. Str.	122,—
Magdeburger Str.-B.	185,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	158,—
Orientbahn	147,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	82,—
Hambg.-Südamerika	131,—
Hansa-Dampfschiff	160,—
Nordd. Lloyd	83,50
Banken:	
Bank für Thür.	—,—
Berl. Handelsges.	150,—
Comm u. Diskontobank	114,50
Darmstädter Bank	114,50
Dess. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	210,—
Diskonto-Comm.	160,—
Dresdner Bank	141,—
Credit-Anst. Leipzig	142,50
Mitteld. Kreditbank	115,—
Nationalbank	—,—
Oesterr. Kredit	—,—
Reichsbank	131,—
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	236,—
Akt. f. Anilin	240,—
Allgem. Elektr.-Ges.	194,—
Ammendorfer Papierf.	—,—
Anhalter Kohlenwerk	200,—
Annaberger Steingut	—,—
Badische Anilin	284,—
Bergmann Elektr.	152,—
Berl. Masch.-Bau	227,—
Bismarckhütte	158,—
Bochumer Gußstahl	196,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—
Chem. Grieshein	201,—
Chem. v. Heyden	—,—
Consolidation Schalke	—,—
Crölwitzer Papierfabr.	—,—
Daimler Motoren	183,—
Deutsch-Luxemburg	130,—
Deutsche Uebersee-Eil.	135,—
Deutsche Erdöl	224,—
Deutsche Gasglühl.	310,—
Deutsche Kali	137,50
Deutsche Waff. u. Mun.	174,—
Donnersmarkhütte	233,—
Döring u. Lohrmann	72,—
Dürkoppwerke	—,—
Elberfelder Farben	280,—
Felten u. Guilleaume	153,75
Gasmotoren Deutz	111,—
Gebhard u. König	—,—
Gelsenkirch. Bergb.	155,25
Glanziger Zuckerfbr.	161,—
Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
Hann. Masch.	280,—
Harpener Berg	174,—
Hasper Eisen	130,25
Hirsch Kupfer	168,—
Höchster Farbw.	260,—
Hoesch Eisen u. Stahl	250,—
Hohenlohe-Werke	115,75
Humboldt-Masch.	120,—
Ilse-Bergbau	280,—
Kahla-Porzellan	225,—
Kaliw. Aschersleben	138,—
Körbisd. Zucker-Akt.	84,5—
Kyffhäuserhütte	—,—
Lahmeyer u. Co.	110,—
Lauchhammer	158,—
Laurahütte	115,—
Linke u. Hofmann	250,—
Ludwig Loewe u. Co.	254,75
Lothringer Hütte	137,—
Mannesmannröhren	128,25
Oberschl. Eisenb.-Bed.	137,—
do. Caro Heg.	120,50
do. Kokswerke	169,—
Orenstein u. Koppel	142,—
Phönix-Bergb.	203,75
Rhein. Metall-Vers.	170,—
Rhein. Stahlwerken	145,—
Riebeck. Montan	200,—
Rombacher Hütten	150,—
Rositzer Braunk.	118,—
Rositzer Zucker	144,75
Sangerhäuser Masch.	311,—
Hugo Schneider u. Co.	185,—
Schuckert u. Co.	131,—
Siemens u. Halske	144,—
Stettiner Vulkan	100,—
Stollberger Zinkh.	—,—
Strals. Spielkarten	211,—
Thale Eisenhütte	142,—
Triptis-Akt.-Ges.	312,—
Türkische Tabakregie	145,50
Ver. Köln-Rottweiler	355,—
Glanzstoff Elberf.	—,—
Wegelin u. Hübner	—,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln Alkali	180,—
Wittener Gußstahl	194,—
Wrede Maizerei	—,—
Zeitch. Kunstbiblatsch. Brk.	254,—
Zeitzer Masch.	190,—
Zellstoff Waldhof	94,50
Otavia-Minen	—,—

Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft: Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer; für provinzielle Rundschau, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Querfurt; für den Anzeigenteil: Walter Ehrling; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Voesch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191812121-11/fragment/page=0004